

Montag (Nachmittag), 19. November 2018

Staatskanzlei

4 2018.RRGR.179 Motion 045-2018 Egger (Hünibach, SP) Mehr sprachübergreifende Sendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Richtlinienmotion

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 4: «Mehr sprachübergreifende Sendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk». Es handelt sich um eine Richtlinienmotion. Wir führen eine reduzierte Debatte. Die Regierung will diese Motion annehmen und gleichzeitig abschreiben. Ich erteile dem Motionär, Grossrat Egger, das Wort.

Ulrich Egger, Hünibach (SP). Gleich zu Beginn danke ich der Regierung bestens für die Annahme meiner Motion und die ermutigende Antwort darauf sowie für den Einsatz der Regierung zur Förderung der Zweisprachigkeit im Kanton Bern. Wenn ich die Abschreibung trotzdem bestreite und sogar leider erfolglos eine freie Debatte gefordert habe, so gibt es doch ein paar verschiedene Gründe dafür. Ich habe meinen Vorstoss am 19. März im Zusammenhang mit der «No Billag»-Abstimmung eingereicht. Diese ging glücklicherweise zugunsten unseres hochwertigen öffentlichen Radio und Fernsehens aus. Eine klare Mehrheit des Schweizer Volks war damals der Meinung, für den Zusammenhalt unseres Landes brauche es nicht nur ein öffentliches Minimalradio und -fernsehen mit Nachrichten, sondern eine öffentliche Medienlandschaft mit vollem Programm. Wenn wir schon ein solches gebührenfinanziertes öffentliches Radio und Fernsehen haben, dann sollen – und diesbezüglich ist der Regierungsrat einer Meinung mit mir – die Medien auch möglichst viel zur Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachregionen beitragen.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort richtig, «dass die von ihm eingesetzten kantonalen Vertretungen in den Gremien der SRG [...] die Interessen des zweisprachigen Kantons einbringen und Bestrebungen des Unternehmens zur Förderung von sprachübergreifenden Sendungen unterstützen.» Weiter schreibt er: «Der Regierungsrat wird in seiner für den Herbst 2018 geplanten Stellungnahme zur Vernehmlassung des neuen Mediengesetzes auf die wichtige Rolle der SRG [...] hinweisen.» Ich bin froh darüber und glaube der Regierung, dass sie sich dafür einsetzt. Damit ist aber noch nicht alles erledigt. Ich stelle mir vor, dass es völlig normal sein wird, Nachrichten und Eigenproduktionen aus anderen Sprachregionen sowohl am Fernsehen als auch online mit Untertiteln oder sogar synchronisiert ansehen zu können. Dann verweise ich noch ... *(Der Präsident bittet den Redner, infolge der auf 2 Minuten begrenzten Redezeit in der reduzierten Debatte zum Schluss zu kommen.)* Ich war mir gerade nicht im Klaren darüber. Ich möchte nur noch auf den Expertenbericht von Hans Stöckli hinweisen. Dieser wird vielleicht noch von einem meiner Nachredner aufgenommen.

Präsident. Ich habe gesehen, dass Grossrätin Dumermuth hingefallen ist. Ich glaube, es geht ihr gut. Es war ein Misstritt. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Für die FDP-Fraktion hat Grossrat Niederhauser das Wort.

Jean-Luc Niederhauser, Court (FDP). Cette motion demande davantage de programmes et de productions bilingues sur les chaînes de radio et de télévision publiques. Selon Monsieur Egger le sous-titrage de contenus attractifs de l'autre région linguistique devrait devenir la norme. Notre canton bénéficie d'une couverture médiatique de qualité équivalente dans les deux langues. Le sous-titrage n'apporterait donc pas une grande valeur ajoutée. De plus, dans la région bernoise, à la croisée des deux cultures, la chaîne de télévision «TeleBilingue», la radio «Canal 3» et le Journal «Biel Bienne», distribué gratuitement, remplissent parfaitement les conditions demandées par cette motion. C'est pourquoi le groupe PLR suivra les recommandations du gouvernement qui demande d'adopter la motion ayant valeur de directive et de la classer.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Im Zusammenhang mit der «No Billag»-Initiative hat sich die BDP ebenfalls für den Standort Bern starkgemacht und sich für die Medienvielfalt engagiert. In diese Vielfalt innerhalb des Kantons Bern gehört für uns ebenfalls die Zweisprachigkeit. Dazu gehört eine sprachübergreifende Berichterstattung in den Medien. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt, verfügt der Kanton Bern heute über eine breite Medienlandschaft. Ob es sich zumeist um private Radiostationen oder auch um Printmedien handelt – Möglichkeiten, sich in der französischen Sprache zu informieren, sind durchaus vorhanden. Wir sehen es auch als zusätzliche, schwierige Aufgabe an, wenn sich der Regierungsrat mittels dieser Motion in die Programmgestaltung der SRG aktiv einmischen soll. Die Standortfrage war für uns ein strategischer Entscheid, aber hier geht es mehr um eine Einmischung in die operative Ausgestaltung des Programms. Die Vernehmlassung des Mediengesetzes bildet hier eine Möglichkeit, und der Regierungsrat hat die Chance genutzt und als Vertreter des zweisprachigen Kantons Bern seine Erwartungen an die SRG klar deponiert. Die BDP unterstützt den Antrag des Regierungsrats auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung deshalb einstimmig. Die Motion mit dem letzte Woche veröffentlichten Bericht der Expertenkommission für Zweisprachigkeit in Verbindung zu bringen, ist für uns der falsche Moment. Dazu braucht es eine vertiefte Analyse, auch speziell bezüglich der personellen und finanziellen Folgekosten.

Marc Jost, Thun (EVP). Die EVP-Fraktion unterstützt dieses wichtige Anliegen der Förderung der sprachübergreifenden Sendungen der öffentlich-rechtlichen Medien. Gleichzeitig unterstützen wir auch den Regierungsantrag, welcher vorschlägt, wie dies umgesetzt und zugleich abgeschrieben werden soll.

Dennoch möchte ich rasch auf die besondere Situation unseres Kantons Bern hinweisen. Durch meine berufliche Tätigkeit im Rahmen der Arbeit für einen nationalen Verband stelle ich immer wieder fest, dass je weiter in den Osten unserer Deutschschweizer Kantone man geht, desto schneller vergessen geht, dass wir ein mehrsprachiges Land sind, und die sprachlichen Minderheiten ebenso sehr in alle Prozesse eingebunden werden sollen. Dies geht sehr schnell vergessen. Als Vertreter aus dem Kanton Bern muss ich gerade in Sitzungen und Meetings immer wieder darauf hinweisen. Es ist ein Mehraufwand in einem mehrsprachigen Land. Unser Kanton Bern ist nicht nur einfach zweisprachig, sondern gleichzeitig Standort der Bundeshauptstadt. Zudem ist er der einzige Kanton, welcher eine deutschsprachige Mehrheit und eine französischsprachige Minderheit hat. Im Vergleich zum gesamten Land ist dies bei keinem anderen Kanton in einer ähnlichen Art und Weise der Fall. In diesem Sinn ist unsere Stimme besonders wichtig. Wir können das Anliegen teilen, wonach sich unser Regierungsrat für sprachübergreifende Sendungen einsetzen soll. Wie gesagt sind wir aber einverstanden, dass er dies über die Vernehmlassung zum Mediengesetz tut und die Förderung dort verlangt. Deshalb ist eine Mehrheit unsererseits für die Abschreibung.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (SVP). Le motionnaire exige que le Conseil-exécutif intervienne encore davantage qu'aujourd'hui au niveau de l'offre de programmes bilingues par les chaînes de radio et de télévision publiques. L'UDC soutient le bilinguisme en général et les programmes bilingues en particulier. Elle se réjouit de l'offre de programmes bilingues, notamment dans les médias privés de la région de Bienne et du Jura bernois avec par exemple «TeleBilingue», «Canal 3» et le Journal «Biel Bienne», sans oublier les collaborations entretenues entre la rédaction du «Journal du Jura» et celle du «Bieler Tagblatt».

Le groupe UDC salue les efforts de promotion du bilinguisme déployés par le Conseil-exécutif dans le cadre de la marge de manœuvre qui est la sienne. Nous sommes également favorables, tout comme le Conseil-exécutif, au relèvement des exigences légales fédérales en cours, en particulier en ce qui concerne le multilinguisme et le bilinguisme. Cependant, le groupe UDC considère qu'une interventionnisme accru en la matière conduirait à davantage d'étatisme ainsi qu'à une promotion du bilinguisme partiellement artificielle. Pour ces raisons, le groupe UDC soutient la motion, mais uniquement associée à son classement consécutif. Dans le cas contraire, l'UDC s'opposera à la motion.

Martin Boss, Saxeten (Grüne). Was verbindet Völker mit ihren Kulturen? Es ist unter anderem die Sprache, die Kommunikation. Viele Beispiele aus aller Welt sind uns bekannt, wo die Unterdrückung von Sprachen oder Sprachregionen zu grossen Konflikten führen oder geführt haben. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Expertenberichts zur Zweisprachigkeit von letzter Woche kommt diese Motion richtig. Der Regierungsrat soll als Vertreter eines zweisprachigen Kantons bei

der SRG Einfluss nehmen auf unsere Vier- und Vielsprachigkeit. Die Forderung ist umso wichtiger, als es gerade im Hinblick auf die Konzentration der Medienlandschaft Vielfalt statt Einheitsmedien geben soll. Wie der TV-Sender Arte – diesen kennen Sie vielleicht – ein kulturelles Programm, welches Menschen in Europa verbindet, aus Rundfunkgeldern aus Deutschland und Frankreich gespeist wird, werden 85 Prozent dieser Inhalte in Europa produziert. 70 Prozent der Europäer können Arte in ihrer Muttersprache sehen.

Es ist eine Chance für den Kanton Bern und die Schweiz, wenn wir die sprachliche, kulturelle Vielfalt, den Zusammenhalt proaktiv angehen und fördern, denn er verbindet uns, er verbindet uns als Menschen. Die grüne Fraktion unterstützt die Motion, die Abschreibung wird mit Ausnahme eines Mitglieds bestritten.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Bauer das Wort.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion möchte diese Motion nicht abschreiben. Der Regierungsrat hat – wie bereits erwähnt – letzte Woche den Expertenbericht zur Zweisprachigkeit entgegengenommen, den er selber in Auftrag gegeben hat. Auch dieser Bericht kommt zum Schluss, dass die Berner Regierung beim Bund intervenieren soll, damit die SRG ihrem Auftrag besser nachkommt und der kantonbernischen Zweisprachigkeit noch besser Rechnung trägt. Es handelt sich dabei um die Empfehlung 21 des Berichts. Diese ist beinahe identisch mit der vorliegenden Motion. Es wäre schade, diese Empfehlung würde schon im Vorfeld abgeschrieben und somit entkräftet. Dies insbesondere weil wir – wie auch der Expertenbericht – finden, es sei noch Potenzial im Bereich der sprachübergreifenden Sendungen vorhanden, für mehr Miteinander, statt Nebeneinander. Il serait fort dommage de ne pas utiliser le potentiel du bilinguisme de notre canton. Comme le dit le rapport de la Commission d'experts sur le bilinguisme, il s'agit d'un changement de paradigme: vivre ensemble au lieu de vivre côte-à-côte. Des émissions bilingues seront un signal clair dans ce sens. Même si la Commission d'experts fait d'autres recommandations majeures, elle juge qu'il est important de faire une intervention auprès de la Confédération pour que la SSR remplisse mieux son mandat et tienne mieux compte du bilinguisme bernois. Nous vous prions de ne pas classer cette motion afin que le Conseil-exécutif puisse considérer toutes les recommandations du rapport de la Commission d'experts dans ses réflexions autour du sort du bilinguisme dans notre canton.

Präsident. Ich gebe das Wort dem Staatsschreiber.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Dem Regierungsrat ist die Zweisprachigkeit ein grosses Anliegen – diese zu pflegen und weiterzuentwickeln. Deshalb hat der Regierungsrat denn auch die Expertenkommission eingesetzt und Ständerat Hans Stöckli ersucht, diese zu leiten. Dies, weil man wusste, dass wenn er das Projekt führt, etwas herauskommen wird, was uns in diesem Kanton weiterbringen kann.

Weshalb beantragt der Regierungsrat trotzdem, diese Motion bereits jetzt abzuschreiben? – Die Motion verlangt, dass man nicht beim Bund, bei der Eidgenossenschaft, vorstellig wird, so wie es Grossrätin Bauer gesagt hat, sondern bei der SRG, welche das Programm gestaltet. Für den Regierungsrat ist dies ein Dauerauftrag, soweit er diesen wahrnehmen kann, nämlich dadurch, dass Leute aus der Verwaltung in den Gremien der SRG Einsitz nehmen. Ein Beispiel ist der frankophone Vizestaatsschreiber, der in einem Gremium Einsitz hat, aber auch der Kommunikationsbeauftragte. Im Rahmen dieser Möglichkeiten ist es ein Dauerauftrag, in diese Richtung Einfluss zu nehmen, sodass im Schweizer Fernsehen mehr sprachübergreifende Sendungen produziert werden. Weitere Einflussmöglichkeiten auf die Programmgestaltung hat der Regierungsrat letztlich nicht.

Wenn Sie den Vorstoss als Motion überweisen, weiss ich nicht, was der Regierungsrat tun könnte. Allenfalls könnte er der SRG nochmals einen Brief schreiben. Natürlich setzt sich der Regierungsrat überall ein; er hat denn auch in der Vernehmlassung zum Entwurf des neuen Bundesgesetzes über die elektronischen Medien (BGeM) speziell auf diesen Punkt hingewiesen. Im Rahmen seiner Möglichkeiten wird sich der Regierungsrat weiterhin dafür einsetzen. Als zukünftigen Auftrag mehr zu überweisen, ist aus Sicht des Regierungsrats nicht zielführend. Deshalb beantragt er die Abschreibung dieser Motion, weil er den Auftrag eigentlich andauernd erfüllt.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Motion «Mehr sprachübergreifende Sendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk» zustimmt, stimmt Ja, wer diese Motion ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	117
Nein	31
Enthalten	0

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen mit 117 Ja- gegen 31 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abschreibung. Wer diese Motion abschreiben will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	79
Nein	52
Enthalten	0

Präsident. Sie haben diese Motion abgeschrieben mit 79 Ja- gegen 52 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.